



Mittwoch, 07. Oktober 2026, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Die Sprache der Straflosigkeit

Immer wieder drohen mächtige Menschen anderen Gewalt oder Vernichtung an. Bei Privatpersonen ist das strafbar. Tut es ein Präsident, nennen wir es Abschreckung.

von Ken Lipenga
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (alexfdsgn, Rawpixel.com)

*Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Das ist das
Fundament des Rechtsstaats, sollte demnach nicht*

angetastet werden und doch entstehen immer wieder Situationen, in denen man sich fragt, ob nicht Manche doch gleicher sind als andere. In den vergangenen Tagen machte die Geschichte eines Mannes Schlagzeilen, der in Südafrika mehrere Frauen in einem Restaurant bedrohte und dabei zum Besten gab, er könne sie töten, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Offenbar hielt er sich für reich genug, um über dem Gesetz zu stehen. Er irrte sich. Der Vorfall führte zu seiner Verhaftung. Auf der anderen Seite des Atlantiks drohte Donald Trump damit, den Iran auszulöschen. Seine Hybris war hingegen gerechtfertigt. Was unterscheidet die beiden Fälle? Und ist es tatsächlich so, dass man sich umso mehr leisten kann, desto mächtiger man ist?

„Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen leiden, was sie müssen“ (Thukydides, Der Melierdialog).

Innerhalb weniger Tage sprachen zwei Männer an sehr unterschiedlichen Orten die Sprache der Vernichtung.

In einem schicken Restaurant in Sandton wurde der in Simbabwe geborene Geschäftsmann Lawrence Mudzinganyama dabei gefilmt, wie er eine Gruppe von Frauen provozierte. Er soll ihnen gesagt haben, dass er sie erschießen und ermorden könne und trotzdem ungeschoren davonkäme. Den Grund, warum er offenbar glaubte, den Konsequenzen entgehen zu können, sprach er mit außergewöhnlicher Direktheit aus: Er sei ein wohlhabender Mann und sie seien arme Frauen.

Der Name selbst brachte die Geschichte unerwartet nah an meine Lebensrealität. Mudzinganyama hat einen unverkennbaren malawischen Klang. Das Dorf, das an meines in Phalombe grenzt, heißt Muzinganyama oder Mzinganyama, und die lange Geschichte der Migration, der Mischehen und der Verwandtschaft zwischen dem südlichen Malawi und Simbabwe macht es durchaus möglich — auch wenn ich keinen genealogischen Anspruch erhebe —, dass dieser unglückliche Herr und ich irgendwo entlang der menschlichen Kette miteinander verwandt sein könnten.

Soweit ich weiß, bedeutet Muzinganyama in zumindest einigen malawischen Dialekten etwas ziemlich Unheilvolles: einem Tier die Kehle aufzuschlitzen. Hätten die Frauen in jenem Restaurant in Sandton diese mögliche Bedeutung gekannt, hätten seine Worte über Kugeln vielleicht noch bedrohlicher geklungen. Denn darüber, dass das Aufschlitzen einer Kehle kein besonders angenehmes Bild ist, dürften wir uns wohl alle einig sein.

Aber es war nicht sein Name, der ihn so beängstigend machte. Es war seine Sprache — und vor allem die offenbar dahinterstehende Überzeugung, dass Reichtum eine Drohung in Gewalt verwandeln und anschließend die Freiheit von den Folgen dieser Gewalt erkaufen könne.

Die Worte lösten öffentliche Empörung aus. Mudzinganyama wurde verhaftet und wegen Bedrohung angeklagt. Seine geschäftlichen Verbindungen und öffentlichen Verträge wurden ebenfalls unter die Lupe genommen.

Die Gesellschaft verstand sofort, dass dies nicht bloß eine schlechte Ausdrucksweise während eines Streits war. Es war eine Drohung, verstärkt durch die Überzeugung des Sprechers, dass Reichtum ihn außerhalb der Reichweite des Gesetzes stellte.

Fast zur gleichen Zeit stand Präsident Donald Trump vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und drohte damit, den Iran zu „vernichten“, falls keine Einigung erzielt werden könne. Auch hier stellte eine mächtige Partei eine andere vor die Wahl: Füge dich meinen Bedingungen oder stelle dich der Vernichtung.

Die beiden Vorfälle sind offensichtlich nicht dasselbe. Mudzinganyama war ein Privatmann, der mutmaßlich während eines Streits andere bedrohte. Trump sprach als Präsident eines Landes, das in einen ernsten militärischen Konflikt verwickelt ist, und thematisierte das Verhalten eines anderen Staates. Der Iran ist keine Gruppe schutzloser Frauen in einem Restaurant. Er verfügt über Streitkräfte, eine Regierung und blickt auf eine lange Geschichte der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten und Israel zurück.

Jeder ernsthafte Vergleich muss damit beginnen, diese Unterschiede anzuerkennen.

Doch Unterschiede in den Umständen hindern uns nicht daran, Ähnlichkeiten in der Sprache zu sehen. In beiden Fällen entsprangen die Worte dem Bewusstsein überwältigender Macht. Der Geschäftsmann berief sich auf sein Geld. Der Präsident berief sich auf die militärische Macht der Vereinigten Staaten.

Hinter beiden Aussagen lag dieselbe beunruhigende Behauptung: Ich besitze die Mittel, dich zu vernichten, und meine Macht wird mich vor den Konsequenzen schützen. Das ist die Sprache der Straflosigkeit.

Mudzinganyama glaubte offenbar, dass sein Reichtum es ihm ermöglichen würde, Frauen zu erschießen und ungeschoren davonzukommen. Trump schien davon auszugehen, dass die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten ihn dazu berechtigte, von der möglichen Vernichtung eines anderen Landes

zu sprechen. Der eine Mann sah sich offenbar über dem kommunalen Recht; der andere sprach, als stünde der mächtigste Staat der Erde über den moralischen Grenzen, die eigentlich die Beziehungen zwischen Staaten bestimmen sollten.

Sprache ist wichtig, weil Worte mehr tun, als Absichten zu beschreiben. Sie schaffen moralische Legitimation. Bevor Gewalt ohne Reue begangen werden kann, müssen ihre beabsichtigten Opfer erst auf etwas reduziert werden, das rechtmäßig bedroht, bestraft oder ausgelöscht werden darf.

Von der Vernichtung des Irans zu sprechen, bedeutet, mehr als neunzig Millionen Menschen auf die Politik ihrer Regierung zu reduzieren. Der Iran besteht nicht nur aus seinem Präsidenten, Generälen, Geistlichen oder Nuklearanlagen. Er besteht auch aus Kindern, Lehrern, Ladenbesitzern, Krankenschwestern, Bauern, Dichtern und Familien, die nur wenig oder gar keinen Einfluss auf die in Teheran getroffenen Entscheidungen haben. Das Wort „vernichten“ macht keinen dieser Unterschiede. Genau das macht es so gefährlich.

Trumps Verteidiger werden zu Recht einwenden, dass die iranischen Führer selbst die Sprache der Vernichtung verwendet haben. „Tod Amerika“ und „Tod Israel“ sind seit Langem fester Bestandteil des politischen Vokabulars der Islamischen Republik. Zudem hat der Iran palästinensische Widerstandsorganisationen und verbündete bewaffnete Gruppierungen in anderen Teilen der Region finanziell und militärisch unterstützt. Diese Geschichte kann nicht einfach ausgeblendet werden. Aber sie sollte auch nicht so erzählt werden, als ob die iranische Feindseligkeit in einem luftleeren Raum entstanden wäre.

Der Iran stellt einen Großteil seiner Unterstützung als Solidarität mit den Palästinensern dar, die sich gegen Besatzung und Enteignung wehren. Das palästinensische Volk hat den Verlust von

Land, militärische Besatzung, Siedlungsausbau und im Gazastreifen eine Verwüstung erlebt, die laut einer unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen den Tatbestand des Völkermords erfüllen. Der Internationale Gerichtshof hat die fortgesetzte Präsenz Israels im besetzten palästinensischen Gebiet unabhängig davon als völkerrechtswidrig eingestuft, obwohl beim von Südafrika angestregten Verfahren wegen Völkermords noch kein abschließendes Urteil in der Sache gesprochen wurde.

Eine faire Darstellung muss daher zwei bequemen Vereinfachungen widerstehen. Der Iran kann nicht bloß als irrationaler Aggressor beschrieben werden, der unschuldige amerikanische und israelische „Interessen“ bedroht. Aber ebenso wenig sollte seine Beteiligung als rein uneigennützig Solidarität romantisiert werden.

Er unterstützt eine gerechte palästinensische Sache und verfolgt zugleich seine eigenen strategischen Interessen. Die Anerkennung der Vertreibung der Palästinenser setzt keine Zustimmung zu jeder Handlung voraus, die im Namen des Widerstands begangen wird.

Selbst der Slogan „Tod Amerika“ bedarf einer sorgfältigen Interpretation. Er wird von iranischen Führern oft als Feindseligkeit gegenüber dem amerikanischen Staat und dessen Außenpolitik erklärt und nicht als der wörtliche Wunsch, jeden Amerikaner zu töten. Dennoch gehört er zu einem verantwortungslosen politischen Vokabular, in dem eine ganze Gesellschaft zum Feind erklärt wird.

Wenn dieses Vokabular aus Teheran moralisch verwerflich ist, wird es nicht dadurch zivilisiert, dass es aus Washington kommt.

„Tod Amerika“ entschuldigt nicht „Vernichtet den Iran“. Die Antwort auf eine Doktrin der Vernichtung kann nicht eine ebensolche sein.

Ebenso wenig kann die größere Zerstörungskraft der Vereinigten Staaten Trumps Worte weniger ernst machen. Im Gegenteil: Sie macht sie folgenreicher. Eine Drohung hat ein anderes moralisches Gewicht, wenn jemand sie ausspricht, der nachweislich über die Mittel verfügt, sie wahr zu machen. Dies führt uns zurück zu den Frauen im Restaurant in Sandton.

Die Gesellschaft reagierte, weil sie erkannte, dass die Worte des Geschäftsmannes nicht dadurch harmlos wurden, dass keine Kugeln abgefeuert wurden. Die Sprache selbst wirkte einschüchternd. Sie vermittelte Dominanz. Sie sagte den Frauen, dass ihr Leben von der Zurückhaltung eines Mannes abhing, der glaubte, reich genug zu sein, um einer Bestrafung zu entgehen.

Das Gesetz nimmt eine solche Sprache zu Recht ernst, weil Drohungen den Boden bereiten, auf dem Gewalt möglich wird. Dennoch vollzieht die internationale Politik oft eine merkwürdige Verwandlung.

Wenn ein gewöhnlicher Mensch damit droht, Menschen zu erschießen, die sich nicht unterwerfen, nennen wir das Einschüchterung. Wenn eine mächtige Nation damit droht, ein Land zu vernichten, das ihre Bedingungen nicht akzeptiert, nennen wir es möglicherweise Abschreckung, Strategie oder Diplomatie.

Natürlich müssen Staaten ihre Gegner manchmal vor militärischen Konsequenzen warnen. Abschreckung ist eine Realität der internationalen Beziehungen. Aber eine Warnung kann unmissverständlich sein, ohne mit Vernichtung zu drohen. Man kann damit drohen, einen Angriff abzuwehren, eine militärische Anlage außer Gefecht zu setzen oder einen Verbündeten zu verteidigen, ohne von der Auslöschung einer Nation zu sprechen. Die Wahl dieses Wortes war weder unvermeidlich noch unschuldig.

Trumps Verteidiger könnten noch weiter gehen. Sie könnten argumentieren, dass er die Sprache des starken Mannes gewohnheitsmäßig als diplomatisches Instrument einsetzt: Er droht mit dem Äußersten, um einen Gegner so weit einzuschüchtern, dass dieser einer Einigung zustimmt. Seiner Ansicht nach, so könnten sie sagen, funktioniert diese Methode. Die Sprache sei daher keine Ankündigung einer beabsichtigten Vernichtung, sondern eine kalkulierte Verhandlungstaktik. Diese Interpretation mag die Sprache erklären, aber sie entschuldigt sie nicht.

Diplomatische Berechnung nimmt Worten nicht ihre moralischen Konsequenzen. Eine Drohung, die bewusst so formuliert wird, dass sie Angst einflößt und zur Unterwerfung zwingt, bleibt eine Drohung. Wenn die Sprache gerade deshalb gewählt wird, weil sie Angst einjagt, können ihre Verteidiger uns nicht anschließend auffordern, sie als harmlose Rhetorik zu behandeln. Die Diplomatie des starken Mannes funktioniert nur, wenn der Zuhörer glaubt, dass der starke Mann tatsächlich tun könnte, was er ankündigt.

Auch ist nicht jede erfolgreiche Taktik deshalb eine legitime. Einschüchterung mag manchmal Gehorsam hervorrufen. Das macht Einschüchterung jedoch nicht zu Staatskunst.

Diese Unterscheidung ist für unsere eigene nationale Politik von Bedeutung. In vielen afrikanischen Ländern nutzen Machthaber oder diejenigen, die nach Macht streben, häufig Drohungen, Schikanen und den Staatsapparat, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, Journalisten einzuschüchtern und Bürger davon abzuhalten, unbequeme Fragen zu stellen. Sie halten dann das daraus resultierende Schweigen für Zustimmung und den durch Angst erzeugten Gehorsam für einen Beweis starker Führung.

Die Sprache des Präsidenten des mächtigsten Landes der Welt lässt sich nicht von dieser breiteren politischen Kultur isolieren. Wenn auf der höchsten internationalen Bühne Einschüchterung als

akzeptables Instrument der Staatskunst präsentiert wird, verleiht dies den Methoden kleinerer Gewaltherrscher andernorts Seriosität. Auch sie können behaupten, dass Drohungen Strategie seien, Angst Überzeugung bedeute und Unterwerfung Frieden sei.

Diplomatie, die diesen Namen verdient, sollte einen Weg aus der Katastrophe weisen und nicht die Katastrophe selbst zum Hauptargument machen.

Auch der Kontrast der Folgen ist aufschlussreich. Die Worte des Geschäftsmannes führten zu Verhaftung, öffentlicher Ächtung und Ermittlungen zu Quellen und Verwendung seines Vermögens. Seine Worte trug der Präsident vom Podium der Vereinten Nationen aus vor — jener Institution, die nach einem katastrophalen Weltkrieg geschaffen wurde, um mächtige Länder davon abzuhalten, Zerstörung als normales politisches Instrument einzusetzen.

Die wohl tiefgreifendste Frage, die diese beiden Vorfälle aufwirft, ist nicht, ob Mudzinganyama und Trump dasselbe Rechtsvergehen begangen haben. Das haben sie offensichtlich nicht. Die Frage ist vielmehr, warum die Sprache der Dominanz umso mehr gesellschaftliche Akzeptanz findet, je mächtiger derjenige ist, der sie verwendet.

Zivilisation lässt sich nicht allein daran messen, ob sie bereit ist, den gewalttätigen Einzelnen in seine Schranken zu weisen. Sie muss sich auch daran messen lassen, ob sie bereit ist, mächtige Staaten in ihre Schranken zu weisen. Reichtum sollte einen Geschäftsmann nicht über das Gesetz stellen. Militärische Überlegenheit sollte einen Präsidenten nicht über das moralische Gesetz stellen, das menschliches Leben schützt.

Den Frauen in Sandton wurde im Grunde gesagt: Ich kann euch töten und damit davonkommen.

Die Menschen im Iran hörten dieselbe Logik der Macht in einem weitaus größeren Ausmaß: Akzeptiert meine Bedingungen, oder ich besitze die Macht, euch auszulöschen.

Die eine Aussage brachte die Polizei auf den Plan. Die andere wurde als Außenpolitik präsentiert. Dieser Unterschied sollte uns zu denken geben.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst am 23. September 2026 unter dem Titel „**The Language of Impunity**“ (<https://kenlipenga.substack.com/p/the-language-of-impunity>)“ auf dem **Substack** (<https://kenlipenga.substack.com>) von Ken Lipenga. Er wurde von Silvia Lorenz für *Manova* übersetzt und vom ehrenamtlichen *Manova*-Korrektorat-Team lektoriert.



Ken Lipenga ist ein malawischer Schriftsteller, Essayist, Wissenschaftler und ehemaliger Journalist, der viele Jahre lang unter anderem Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung, Handel und Industrie, Tourismus sowie Information war. Davor arbeitete er als Universitätsdozent und Chefredakteur zweier führender malawischer Zeitungen. Heute lehrt er Literatur und Kommunikation an der Malawi University of Science and Technology. In seinen Texten verbindet er literarische Reflexion mit politischen Erfahrungen, Humor und genauer Beobachtung menschlichen Verhaltens. Als leidenschaftlicher Bergsteiger fühlt er sich besonders dem höchstem Berg Malawis, dem Mount Mulanje,

verbunden. Die Bedrohung seiner natürlichen Umwelt
finden immer wieder Eingang in seine Texte.